



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Getreidewirtschaft in Bayern und Deutschland schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Agrarprodukte beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die europäischen Märkte nicht länger mit ukrainischem Getreide, Mais und Ölfrüchten überflutet werden und stattdessen ausschließlich den Transit in Entwicklungsländer zuzulassen, wo diese Güter dringend benötigt werden,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass adäquate Einfuhrzölle auf ukrainische Agrarimporte in die EU erhoben werden, um einen Preisverfall in der EU und in Deutschland bei Getreide, Ölsaaten, Mais und Geflügel zu verhindern,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Agrarimporte in die EU, die nicht exakt die gleichen Qualitätsstandards wie in der EU hergestellte Agrargüter erfüllen, nicht zollfrei eingeführt werden dürfen, um Wettbewerbsverzerrungen für die heimische Landwirtschaft zu verhindern,
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, einen EU-Beitritt der Ukraine unbedingt zu verhindern,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass keine weiteren deutschen Steuer-gelder für den Aufbau des Exports von ukrainischen Agrarprodukten ins Ausland eingesetzt werden.

Begründung:

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 auf die Ukraine wurde erstmals mit Wirkung zum 5. Juni 2022 eine Zollfreiheit für die Einfuhr ukrainischen Getreides in die EU beschlossen. Ein Jahr später wurde diese Maßnahme bis zum 5. Juni 2024 verlängert.

Die Europäische Kommission will den Freihandel mit der Ukraine um ein weiteres Jahr verlängern. Die Einfuhrzölle und Quoten für ukrainische Agrarimporte blieben damit weiterhin ausgesetzt. Auf Initiative Ungarns wurde die EU-Kommission dagegen aufgerufen, die ukrainischen Agrareinfuhren einzudämmen. In einem gemeinsamen Schreiben an die Brüsseler Behörde forderten Polen, die Slowakei, Rumänien und Ungarn, diese Agrareinfuhren in ihre Märkte zu begrenzen.

Der Druck auf die Getreidepreise ist im letzten Jahr enorm gestiegen. Seit Kriegsbeginn fließen erhebliche Mengen an ukrainischem Getreide auf den europäischen Markt. In der Periode vom 24. März 2022 bis zum 31. Januar 2024 wurden 1 146 638 Tonnen Getreide und 965 085 Tonnen Rapssaaten aus der Ukraine allein nach Deutschland exportiert. Das Ende des Getreidekorridors über das Schwarze Meer hat den Zustrom

weiter verschärft. In Polen, Rumänien und anderen Ländern protestieren die Bauern gegen diese Importe.

Den Grund benennt das Fachforum „agrarheute.com“: „Das Getreide aus der Ukraine ist deutlich billiger als die europäische Ware. Das sorgt zum einen für massiven Preisdruck am Binnenmarkt und verdrängt zum anderen das teurere Getreide der europäischen Landwirte, das sich nun in den Silos der Bauern und Getreidehändler zu immer größeren Beständen auftürmt.“ Dieser enorme Preisverfall von bis zu 60 Prozent führt zu enormen Planungs- und Existenzsorgen auch auf den deutschen Bauernhöfen. Schutzmaßnahmen sind daher dringend erforderlich – für die bayerische und deutsche Getreidewirtschaft wie für jene unserer EU-Nachbarn.